



ZWISCHEN ENTTÄUSCHUNG UND DEM WEG IN DIE ZUKUNFT

Was Bulgariens Euro-Einführung über den Zustand der Ostintegration verrät

DIE LEHREN AUS 2004 UND 2007:

Fünf Erkenntnisse über die Zukunft der EU

INTERVIEW

Konstantin Trenchev – Dissident, Gewerkschaftsgründer und Zeitzeuge

KOMMENTAR

Die EU ist keine Zauberformel

Liebe Freund:innen, liebe Leser:innen,

kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhangs landete ich am 26. November 1989 spätabends im verschneiten Warschau. Das war der Beginn meiner engen offiziellen Zusammenarbeit mit mehreren osteuropäischen Staaten in meiner Funktion als belgischer föderaler Minister für Beschäftigung und Arbeit und Ministerpräsident Flanderns. In dieser Zeit organisierte ich vom Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften geförderte Austausch- und Fortbildungsmaßnahmen und initiierte zahlreiche Projekte im Rahmen unseres Osteuropafonds. Die größte Erweiterungswelle der EU im Jahr 2004 war nur dank der demokratischen Veränderungen in Polen und anderen Ländern sowie dem Fall der Berliner Mauer und dem Zerfall der Sowjetunion möglich.

Diese Ausgabe des „EZA Magazine“ blickt zurück auf diese Zeit der Wiedervereinigung. Ich spreche lieber von ‚Wiedervereinigung‘, da es um Länder geht, die immer zu Europa gehört haben – wobei die Bewertung nicht einhellig positiv ausfällt. Woran liegt das? Die vorherrschende Meinung war, dass schon bald überall der gleiche Lebensstandard erreicht würde. Es gab ein ‚Handbuch‘ für den Übergang von der freien Marktwirtschaft zur totalitären staatlichen Planwirtschaft, aber nicht für den umgekehrten Weg. Daher galt es zu experimentieren. Unternehmen wurden umstrukturiert, zum Beispiel durch die Treuhand, um sie rentabel zu machen und die Wirtschaft zu stärken. Die steigende Arbeitslosigkeit wurde als positives Zeichen für das zunehmende Wirken der Marktkräfte gewertet, aber dem sozialen Kollaps wurde nicht angemessen begegnet. Wie heute galt damals, dass die notwendige Wettbewerbsfähigkeit nicht zulasten des Sozialschutzes gehen darf. Die EU behandelte die neuen und die alten Mitgliedstaaten nicht immer gleich und lange Zeit waren die neueren Mitglieder unterrepräsentiert. Die neuen ‚missi dominici‘ kamen als Sendgrafen, um ihnen einseitig vorzuschreiben, wie sie sich anzupassen hatten. Ich erinnere mich an die bittere Beobachtung polnischer Minister:innen und Gewerkschafter:innen, dass die EU das Land nur als ‚Reserve‘ betrachte.

Andererseits fiel es den Beitrittsstaaten schwer, ihre Gewohnheiten zu ändern. Erstens dachten sie, dass die durchzuführenden Reformen nur der EU dienten, während sie doch für die Länder selbst notwendig waren. Des Weiteren lies die streng zentralistische Vorgehensweise nicht ausreichend Raum für Zusammenarbeit und suchte keinen echten Dialog mit den Sozialpartnern. Das führte außerdem zu einer unzureichenden Inanspruchnahme der Kohäsionsfonds, wie ich auch in meinem Bericht an den damaligen Erweiterungskommissar Hahn feststellte.

EZA wurde nicht zufällig 1985 gegründet und hat seitdem große Anstrengungen unternommen, um den sozialen Dialog in den Kandidatenländern (und den Mitgliedstaaten gleichermaßen) zu fördern und wird dies auch weiterhin intensiv tun. Weiterbildung für den Dialog ist sehr wichtig und ein gemeinsamer Lernprozess. Trotz einer gewissen Desillusionierung bei den Bürger:innen bleibt die Überzeugung bestehen, dass die EU-Erweiterung notwendig war und eine positive Entwicklung ist und sich die Dinge zunehmend verbessern. Wenn ich osteuropäische Freunde und Freundinnen nach der für sie größten Veränderung frage, ist die Antwort immer gleich: die Freiheit, selbst zu entscheiden, wohin man reisen und wo man leben möchte. Im Hinblick auf mögliche künftige Beitritte müssen die Entscheidungsprozesse der EU reformiert werden. Schrittweise Kooperation muss zur Vollmitgliedschaft führen. Nach der Zögerlichkeit der vergangenen Jahre führen uns der Krieg und die Bedrohungen an unseren Grenzen womöglich zum Ursprung der Europäischen Union als Friedensprojekt zurück, das für die besorgte junge Generation wieder relevant ist. Freiheit, Frieden und Werte werden auch künftig das Fundament unseres gemeinsamen europäischen Projekts bilden.

Luc Van den Brande
Präsident von EZA



INHALT

4

ZWISCHEN ENTTÄUSCHUNG UND DEM WEG IN DIE ZUKUNFT:

Was Bulgariens Euro-Einführung über den Zustand der Ostintegration verrät

8

DIE LEHREN AUS 2004 UND 2007:

Fünf Erkenntnisse über die Zukunft der EU

11

INTERVIEW:

Konstantin Trenchev – Dissident, Gewerkschaftsgründer und Zeitzeuge

14

KOMMENTAR:

Die EU ist keine Zauberformel

15

EZA-NEWS

16

IMPRESSUM

ZWISCHEN ENTTÄUSCHUNG UND DEM WEG IN DIE ZUKUNFT

Was Bulgariens Euro-Einführung über den Zustand der Ostintegration verrät



STREIKENDE JOURNALIST:INNEN IN BULGARIEN. SIE FORDERN MEHR GELD FÜR IHRE ARBEIT.

TEXT: Lukas Fleischmann
FOTOS: Lukas Fleischmann/Europäisches Parlament

Es war ein Projekt von historischer Tragweite: Am 1. Mai 2004 traten zehn Länder aus Mittel- und Osteuropa sowie Malta und Zypern der Europäischen Union bei. Bulgarien und Rumänien folgten 2007. Trotz gigantischer Euphorie zu Beginn und stetig steigenden Wirt-

schaftswachstums haben in vielen dieser Länder heute Ernüchterung und zunehmende EU-Skepsis eingesetzt. Auch Gewerkschaften sind enttäuscht. Woher kommt die schlechte Stimmung und ist sie gerechtfertigt? Eine Spurensuche.

Sofia im Mai 2025. Mehrere hundert Journalist:innen und Gewerkschafter:innen haben sich auf einer zentralen Kreuzung in Sofias Innenstadt versammelt und streiken. Mit ihrer Aktion fordern sie 15 Prozent mehr Lohn. „Ich gebe derzeit zwei Drittel meines Gehalts für Miete aus“, erklärt eine Redakteurin der bulgarischen Nachrichtenagentur, „wir leisten wichtige Arbeit für Demokratie und Gesellschaft und das wird nicht genug gesehen.“ Der Streik ist nur einer von vielen, der an diesen Tagen stattfindet. Weil auch Beschäftigte des öffentlichen Nahverkehrs streiken, ist die halbe Stadt lahmgelegt. Bulgarien wird 2026 die Landeswährung Lewa durch den Euro austauschen – eine weitere Vertiefung der europäischen Integration. Viele Menschen im Land befürchten dadurch steigende Preise und sinkende Sozialleistungen, weil der bulgarische Haushalt nun strengere Sparkriterien einhalten muss.

Der umfassende Streik kommt also nicht zufällig. „Jeder hat ein wenig Angst, auch weil es keine wirkliche Informationskampagne dazu gab“, sagt Dimitar Manolov. Er ist der Präsident der zweitgrößten bulgarischen Gewerkschaft und des EZA-Mitglieds PODKREPA. Die Gewerkschaft beteiligt sich ebenso an den Streiks. Er fügt hinzu: „Einige Politiker spielen mit den Ängsten der Leute.“

Rückkehr zum Nationalismus

Bergführerin Maria teilt diese Ängste. Sie arbeitet als Touristen-Guide im Rila-Nationalpark, etwa eineinhalb Stunden Autofahrt südlich der Hauptstadt. „Wir sind Bulgarinnen und Bulgaren und sollten uns mehr darauf

verständigen. Ich habe Angst, dass durch den Euro mein Leben hier noch teurer wird. Was bringt uns denn Europa?“

Dimitar Manolov versteht diese Ängste und sagt dennoch: „Für die meisten Bulgaren war der EU-Beitritt eine gute Sache. Aber die Entscheidung der EU, das Land zu akzeptieren war politisch, nicht wirtschaftlich.“ Gleichzeitig glaubt Manolov, dass der Eintritt in die Eurozone sinnvoll ist: „Natürlich gibt es bei solchen Prozessen kurzfristig Teuerungen, aber die Löhne werden sich anpassen. Bulgarien wird ein durchschnittliches europäisches Land werden, wenn wir über Preise und Löhne reden.“

Kommunikation und Fehlschlüsse

Am Beispiel des Eintritts in die Eurozone zeigen sich mehrere grundlegende Probleme, die mittel- und osteuropäische Beitrittsländer seit mehr als 20 Jahren umtreiben. „Der europäische Traum hat für viele nicht zu Verbesserungen geführt“, sagt Marta Kahancová. Sie leitet das slowakische Forschungszentrum Central European Labour Studies Institute (CELSI).

Für ihre Forschungen hat sie mit Kolleg:innen die vergangenen 20 Jahre in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern untersucht und die Ergebnisse dazu publiziert. Sie sagt: „Was die Arbeitsbedingungen angeht, gab es große Erwartungen hinsichtlich der Konvergenz, insbesondere in Bezug auf die Löhne. Wir wissen, dass das einfach nicht geschehen ist.“



DIMITAR MANOLOV – PRÄSIDENT VON PODKREPA



ELMAR BROK BEI EINEM SEMINAR MIT DEN NEUEN BEITRITTLÄNDERN IM JAHR 2002

Bulgariens BIP liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt. Gerade viele junge Menschen hat es bislang aufgrund der Arbeitsmarkt-Situation ins Ausland geführt. Gleichzeitig erhält Bulgarien überdurchschnittlich viele finanzielle Mittel durch die EU. 2024 waren das fast 2 Milliarden Euro, was rund 2,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens entspricht.

Trotz stetig wachsenden BIPs, neuer Wertschöpfungsketten und steigender Investitionen hinkt der Großteil der zentral- und osteuropäischen Beitrittsländer von 2004 und 2007 hinterher. Hinzu kommen häufig schwache staatliche Institutionen und instabile Regierungen, die durch häufige Neuwahlen gekennzeichnet sind. Allein in Bulgarien wurde das Parlament in den vergangenen vier Jahren siebenmal gewählt. Für Marta Kahancová mündet das in folgender Diskrepanz: „Ein wachsendes BIP führt nicht automatisch zu besseren Arbeitsbedingungen oder höheren Löhnen. Das ist eine sehr neoliberale Denkweise.“

Ein sozialer Dialog, den kaum jemand führen kann

Dieses Ungleichgewicht ist sowohl Ursache als auch Folge eines europäischen Dilemmas: Das europäische Sozialmodell und der soziale Dialog etablieren sich nur sehr schwerfällig. „In westlichen Ländern wird der soziale Dialog durch den Staat lediglich ermöglicht, während der Staat in mittel- und osteuropäischen Ländern eine extrem wichtige Rolle spielt. Sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeberorganisationen sehen zunächst den Staat als Ansprechpartner, bevor sie miteinander sprechen“, sagt Marta Kahancová. Interessen werden häufig durch Gesetze durchgesetzt und nicht über das eigentlich dafür vorgesehene System des Aushandelns.

Marta Kahancová: „Anstatt in die Entwicklung des sozialen Dialogs und Tarifverhandlungen zu investieren, nutzen die Sozialpartner ihre begrenzten Ressourcen lieber dazu, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Sie fühlen sich da auf der sicheren Seite. Gesetze sind verbindlich.“ Und sie dienen vor allem Partikularinteressen. In der Forschung wird dieses Phänomen als „Captured State“, also als vereinnahmter Staat bezeichnet.

Probleme der Zugänge und der Geschichte

Der Captured State ist eine Folge der postkommunistischen Tradition der mittel- und osteuropäischen Länder. Korporatistische Traditionen, wie in West- und Nordeuropa seit Jahrzehnten üblich, gab es schlicht nicht. Gewerkschaften waren in der Regel Teil der kommunistischen Partei und damit des Staates.

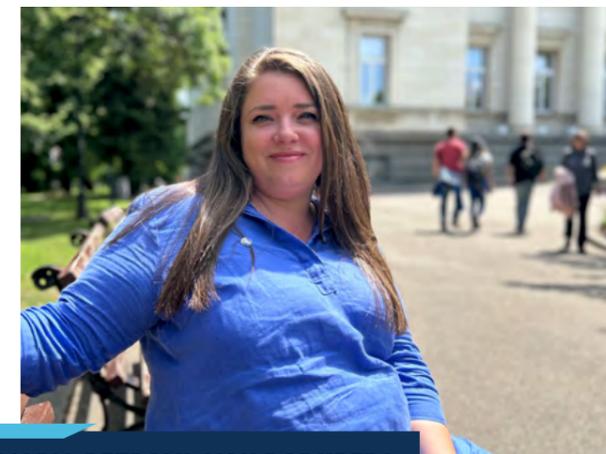
Mit dem Regimewechsel in den 1990ern wurde diese Münze einmal komplett umgedreht, was sich vor allem bei den Beitrittsverhandlungen zeigte. Elmar Brok (CDU) war Berichterstatter des Europaparlaments während der Beitrittsprozesse. Mit seinen Brok-Berichten gilt er als einer der Architekten der EU-Osterweiterung: „Die 90er Jahre waren eine absolute Katastrophe, weil man glaubte, Marktwirtschaft ohne soziale Ausgleichsmechanismen betreiben zu können.“ Soziale Stabilität habe im Vergleich zum Wirtschaftswachstum eine untergeordnete Rolle gespielt. Dimitar Manolov, Präsident von PODKREPA, gibt freimütig zu: „Wir hatten [gemeint ist die Zeit um 1990; Anm. d. Red.] keine Erfahrung. Wir wussten nicht, was die Gewerkschaftsbewegung ist, wir mussten bei weniger als null beginnen.“ Mit der Unterstützung westlicher Partner erlernten neue Mitglieder wie PODKREPA erste grundlegende Funktionsweisen des sozialen Dialogs.

Ein unvollendeter Prozess

Dieser Prozess ist bis heute nicht vollendet. Marta Kahancová's Studien haben gezeigt: „Die Sozialpartner in osteuropäischen Ländern haben Zugangsprobleme. Sie verfügen noch nicht über die Sprachkenntnisse oder das Wissen, um sich vollkommen am europäischen sozialen Dialog zu beteiligen. Hier hat die Europäische Union viel Geld in den Kapazitätsaufbau gesteckt. Ob das wirksam war, bleibt fraglich.“ Dieses Ungleichgewicht an Zugängen führte zu Fehlvorstellungen darüber, welche Rolle die EU innerhalb der nationalen Sozialpolitik einnimmt: „Sie mussten erst verstehen, dass Europa nicht die Kämpfe gewinnt, die sie eigentlich zu Hause führen müssen“, sagt Kahancová. Elmar Brok fügt hinzu „Starke unabhängige nationale Gewerkschaften fehlten und fehlen manchmal heute noch. Und das war damals nicht hilfreich für die Entwicklung einer starken Rolle des sozialen Teils der sozialen Marktwirtschaft.“

Europäer:innen zweiter Klasse?

Neben schwachen Gewerkschaften und den tendenziell instabilen Regierungen liegt ein Grund der aktuellen EU-Skepsis auch in einer Ungleichbehandlung der neuen EU-Mitgliedsländer. „Es sind nach 2004 schwere, geradezu unverzeihliche Fehler gemacht worden“, sagt Günter Verheugen (SPD). Er war von 1999 bis 2005 unter Kommissionspräsident Romano Prodi Kommissar für die EU-Erweiterung. „Die meisten der neuen EU-Länder sind als Mitglieder zweiter Klasse behandelt worden. Das empfinden sie heute noch so.“ Seiner Meinung nach sei das eine Erklärung für Frustration und Enttäuschungen, die es in weiten Kreisen der Bevölkerung gebe. Diese Fehleinschätzung hält nach Meinung Verheugens bis heute an und zeigt sich exemplarisch auch an der Besetzung von Beamten innerhalb der EU-Institutionen. „Auf der obersten Ebene der Kommissare haben wir eine Quote. Auch bei den Generaldirektoren, also den höchsten Beamten, achtet die Kommission darauf, dass alle vertreten sind. Doch darunter



MARIA PETROVA VON PODKREPA

wird es mau. Das bestärkt nur dieses Gefühl der Zweitklassigkeit.“ Mangelnde Zugänge zu Ausbildung und Anstellung in den EU-Institutionen treffen auf eine Verwaltung, die zu wenig mit Landsleuten aus den zentral- und osteuropäischen Mitgliedsländern besteht. Diese Ungleichbehandlung habe unter anderem dazu geführt, dass das Interesse an der Kooperation mit anderen internationalen Akteuren zugenommen habe, sagt Verheugen: „Wenn Sie heute die Situation haben, dass alle unsere neuen Mitglieder treue Anhänger der USA sind und sich zum Beispiel von der strategischen europäischen Emanzipation von den USA distanzieren, dann liegt das auch daran, dass sich die USA ab 1990 aktiv um diese Länder gekümmert haben.“

Ein Blick in die Zukunft

Doch trotz der Hindernisse und Hürden beginnen Wandel und Integration langsam Früchte zu tragen, besonders für junge Arbeitnehmende. Maria Petrova arbeitet als Vorsitzende der Jugendbewegung von PODKREPA in Sofia und sagt: „Seit drei oder vier Jahren kommen junge Arbeitnehmende aus dem Ausland zurück, weil sie verstehen, dass sich die allgemeine Situation und die Arbeitsbedingungen in Bulgarien verbessern.“ Es gebe zwar auch in dieser Altersgruppe viele nationalistisch eingestellte Menschen, aber die Mehrheit fühle sich mittlerweile europäisch. „Viele junge Menschen erkennen die Vorteile, die sie zum Beispiel von Projekten wie ERASMUS+ haben. Ich denke, dass wir europäische Bürgerinnen und Bürger sein können.“

Für eine nachhaltige Vertiefung der EU-Integration fliegt noch ein langer Weg vor dem Land und der EU. Bulgarien steht stellvertretend für die Probleme der meisten mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer von 2004 und 2007: ein schwacher sozialer Dialog mit wackeligen Regierungen auf nationaler Ebene, gepaart mit einer Ungleichbehandlung mit Informationsdefiziten hinsichtlich der EU und ihrer Institutionen. „Trotz all der Defizite war die Erweiterung ein enormer Erfolg. Aber wir müssen es uns und den anderen Ländern besser erklären“, schließt Elmar Brok.



GÜNTER VERHEUGEN MIT ROBERTA METSOLA, PRÄSIDENTIN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, ZU DEN FEIERLICHKEITEN ZU 20 JAHREN EU-OSTERWEITERUNG IM JAHR 2024

DIE LEHREN AUS 2004 UND 2007

Was die Erfahrungen der Erweiterungen für aktuelle Beitrittsprozesse bedeuten – und wie Gewerkschaften daran teilhaben können



TEXT: Lukas Fleischmann
FOTOS: Adobe Stock

Derzeit befinden sich neun Länder auf der Liste der EU-Beitrittskandidaten (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei, Ukraine). Manche – wie Georgien und die Ukraine – erst seit kurzer Zeit, andere seit Jahrzehnten. Aus den vergangenen Beitrittsverhandlungen lassen sich fünf Schlüsse ziehen, die Gewerkschaften in den aktuellen Verhandlungen für sich nutzen können. Ein Überblick.

1. Das Erwartungs-management realistisch halten

Die Erfahrungen nach 2004 und 2007 haben gezeigt: Euphorie kann schnell in Enttäuschung münden und Nährboden für Populismus bieten. Die Vorstellung, dass ein EU-Beitritt zur raschen Angleichung der Lebensverhältnisse führt, ist falsch. Der ehemalige EU-Kommissar für Erweiterungsfragen, Günter Verheugen (SPD), formuliert es so: „Es ist ein Problem, die Erweiterung allein mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen zu begründen, also höhere Einkommen. Zwar geht es nach einem Beitritt langsam besser, aber das Erwartungsmanagement muss realistisch sein.“

Dieses Erwartungsmanagement gilt auch für die Gewerkschaften vor Ort: ein nationaler sozialer Dialog kann nicht von Europa aus orchestriert werden. „Bis jetzt sind die sozialen Sicherungssysteme eine nationale Angelegenheit – auch unter dem Vertrag von Lissabon“, erklärt Elmar Brok, Verfasser der Brok-Berichte des Europäischen Parlaments zur EU-Erweiterung, „und das aus guten Gründen: Wenn beispielsweise Bulgarien und Rumänien deutsche, dänische oder niederländische Standards wollten, so wäre das unfinanzierbar. Denn das müsste von anderen EU-Ländern mitfinanziert werden und das ist keine europäische Kompetenz.“

2. Die Zugänge möglich machen

Sozialer Dialog ist eine schwierige und langwierige Angelegenheit, die die richtigen Zugänge erfordert. In west- und nordeuropäischen Ländern wurde das in Bezug auf die neuen Beitrittsländer zu lange unterschätzt. Damit das europäische Sozialmodell und der soziale Dialog auch in potenziellen Neumitgliedsländern funktionieren können, ist ein ausgereiftes System des Capacity Buildings nötig. Besonders wichtig ist ein breitgedachter Ansatz. Marta Kahancová vom Forschungsinstitut CELSI erklärt: „Gewerkschaften bestimmen häufig nur eine Person, die gut Englisch spricht, als internationalen Ansprechpartner. Diese Person muss dann überall hinreisen und ist schlicht überlastet. In vielen Gewerkschaften liegt die Last des internationalen Austauschs auf den Schultern einer Person. Das führt dazu, dass diese Personen häufig von der Realität in den jeweiligen Heimatländern entfremden.“

Capacity-Building Maßnahmen müssten in die Breite der Gewerkschaften gehen, um eine flächendeckende Kommunikation zu ermöglichen. Das ist in den vergangenen Jahren nicht ausreichend geschehen und hat dazu geführt, dass viele mittel- und osteuropäische Partnerländer das „Europäisch“ aus Brüssel nicht verstehen. Darüber hinaus haben diese mangelnde Sichtbarkeit und Interaktionsfähigkeit in Brüssel eine Ungleichbehandlung zur Folge.

3. Die neuen Partner gleich behandeln

Die Ungleichbehandlung der neuen Beitrittsländer ist nach Ansicht vieler Expert:innen ein zentrales Problem für die europäische Integration. Diese Ungleichbehandlung findet auf mehreren Ebenen statt. Institutionell durch die Besetzung von Stellen innerhalb der EU-Institutionen, parlamentarisch und intergouvernemental, durch das Ignorieren zentral- und osteuropäischer Erfahrungen sagt Günter Verheugen. „Sie sind Mitglieder, die von oben herab behandelt werden. Bei den Sitzungen der Staats- und Regierungschefs hört man nicht zu. Ihre Vorschläge und Ideen werden auf vielen Gebieten nicht ausreichend beachtet.“ Auch Marta Kahancová pflichtet dem bei: „Sie haben immer noch das Gefühl, dass sie nicht wirklich willkommen sind. Oder sie wurden zunächst als Konkurrenz angesehen, als jemand, der beispielsweise Arbeitsplätze wegnimmt. Das Schaffen von Interaktionen und Verbindungen über Grenzen hinweg hat nicht gut funktioniert.“ Das kann von Sozialpartnern wie Gewerkschaften bewusst durch Dialogmaßnahmen, Seminare, gemeinsame Aktionen, etc. angegangen werden. Dazu ist es wichtig, dass im internationalen Austausch aufmerksam zugehört wird. Lokale Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen haben als Organisationen eine große Reichweite durch ihre Mitglieder innerhalb der Gesamtbevölkerung. Sie können Stimmung und Notlagen gut einschätzen und gängige Vorurteile und Mythen dekonstruieren. Laut Elmar Brok befindet sich die EU hier schon in einer guten Entwicklung: „Heute kommen etliche bedeutende Kommissare aus den mittel- und osteuropäischen Ländern. Außerdem befindet sich die Beamtenschaft in einer Aufbauentwicklung, die lange braucht, aber Besserung zeigt.“

4. Aus dem Dilemma ausbrechen – die EU reformieren

An einer grundlegenden Reform der EU sind Gewerkschaften als Entscheidungsträger nicht direkt beteiligt, können aber wertvolle Aufklärungs- und Lobbyarbeit leisten. Nach Ansicht vieler Expert:innen ist eine Reform unumgänglich, will sich die EU weiter integrieren und erweitern. „Aktuell ist die EU schlicht nicht erweiterungsfähig, trotz zahlreicher Kandidatenländer. Derzeit besteht keine für eine Erweiterung notwendige Einstimmigkeit. Die Dynamik von Erweiterung und Vertiefung ist gebrochen. So schnell können wir nicht mit einem neuen EU-Vertrag rechnen. Jeder Versuch, einen neuen Vertrag auszuhandeln, wird unter aktuellen Umständen scheitern“, sagt Günter Verheugen. Elmar Brok (CDU) fügt hinzu: „Die Europäische Union muss als Voraussetzung dafür in angemessener Weise reformiert werden, insbesondere im Bereich der Entscheidungsprozesse.“

Die aktuelle Patt-Situation machen sich gerade populistische Regierungen zunutze, in dem sie eigenes sozialpolitisches Versagen auf die EU und deren Dysfunktionalität schieben. Beitrittsländer, die EU und Sozialpartner wie Gewerkschaften müssten sich daher alternativ Gedanken machen, ob eine Vollmitgliedschaft der einzige Weg ist. Elmar Brok plädiert für verschiedene Integrationstiefen: „Einige Länder, wie zum Beispiel auf dem westlichen Balkan, warten seit Jahrzehnten. Wir müssen in der Zwischenzeit Fortschritte und Vertiefungen auf einigen Gebieten machen, um den Leuten zu zeigen, dass wir offen sind und sie haben wollen. Norwegen, Island und die Schweiz haben so ein alternatives Modell, das auf wirtschaftliche Verflechtung setzt, ohne Vollmitglied zu sein.“

5. Den sozialen Dialog und den Sozialstaat als Erfolg vermarkten

Letztlich lehrt die Vergangenheit, dass eine Konzentration auf wirtschaftliches Wachstum kurzfristig Erfolge im BIP verzeichnet, langfristig aber zu großer Ungleichverteilung innerhalb der Bevölkerung führen kann. Das schürt die Verlustängste und soziale Spannungen. Dabei



ist das europäische Sozialmodell mit einem ausgeprägten Sozialstaat ein erfolgreiches Ausgleichsmodell, das richtig angewandt für Stabilität und Prosperität sorgen kann und im Krisenfall höchst effizient ist. Gewerkschaften können dafür werben, indem sie mit neoliberalen Mythen aufräumen, die zum Beispiel allgemeines Wirtschaftswachstum mit allgemeiner Verbesserung der Lebensqualität oder Arbeitsbedingungen gleichsetzen.

Ein Sozialstaat mit Ausgleichsmechanismen heißt aber nicht, sich aus einem Füllhorn an Sozialleistungen bedienen zu können. Derzeit können in nicht jedem Land die gleichen sozialen Leistungen erbracht werden. Auch das müsse sowohl bei der Kommunikation als auch bei der Gestaltung von Politik beherzigt werden: „Es ist wichtig, immer ein Gleichgewicht zwischen Sozialpolitik und Wettbewerbsfähigkeit im Auge zu haben“, sagt Elmar Brok. „Die soziale Seite im Wettbewerb ist zu häufig vergessen worden. Was bedeutet zum Beispiel der europäische Green Deal für einen Werftarbeiter in Danzig oder für einen Stahlarbeiter in Osteuropa? Ich habe erst jetzt das Gefühl, dass wir wieder auf dem Weg sind, dieses Gleichgewicht zu finden.“

Weitere Informationen: Der „We Work Europe“-Podcast

In der aktuellen Podcast-Staffel von „We Work Europe“ begleiten Sie uns zum Streik der Journalist:innen nach Sofia. Darüber hinaus bekommen Sie Einblicke in die Geschichte der Beitrittsverhandlungen mit dem ehemaligen EU-Kommissar Günter Verheugen und dem ehemaligen MdEP Elmar Brok. Um die Episode anzuhören, scannen Sie einfach den QR-Code oder besuchen Sie folgende Website: we-work-europe.podigee.io.



„HEUTE SIND WIR DESILLUSIONIERT“

Konstantin Trenchev – Dissident, Gewerkschaftsgründer und Zeitzeuge über die Vergangenheit und Zukunft der europäischen Gewerkschaften



KONSTANTIN TRENCHEV: DISSIDENT, EHEMALIGER POLITISCHER GEFANGENER UND GEWERKSCHAFTSGRÜNDER

INTERVIEW: Lukas Fleischmann
FOTOS: Lukas Fleischmann/Adobe Stock

Unzufrieden mit dem kommunistischen Regime gründete Dr. Konstantin Trenchev an seinem Geburtstag, dem 8. Februar 1989, im Untergrund in Sofia die Gewerkschaft PODKREPA (dt.: „Unterstützung, Beistand“). Dafür wurde er mehrfach verfolgt, inhaftiert und ist zu einem der bekanntesten Dissidenten Bulgariens geworden. Im Interview spricht er über seine hart erkämpfte Freiheit – und darüber, warum er heute enttäuscht ist, insbesondere von der EU.

EZA: Herr Trenchev, Sie haben 1988 begonnen, sich politisch zu widersetzen. Was war Ihre Motivation?

Trenchev: Mit 33 Jahren wurde ich eines der ersten Mitglieder einer Menschenrechtsorganisation in Bulgarien. Sie war von ehemaligen politischen Gefangenen und Dissidenten neu gegründet worden – als Reaktion auf Gorbatschows Glasnost und Perestroika. Außerdem war ich stets unzufrieden mit dem Regime. Während meines Medizinstudiums und später als Chirurg stieß ich immer wieder auf Behandlungsmethoden aus Frankreich oder Deutschland, die in Bulgarien schlicht verboten waren, weil das Regime sie untersagte.

EZA: Wie wurden Sie vom Menschenrechtsaktivisten zum Gewerkschafter?

Trenchev: Der Generalsekretär dieser Menschenrechtsorganisation trat im Januar 1989 in den Hungerstreik. Im Februar besuchte ich ihn und rief anschließend bei Radio Free Europe an, um darüber zu berichten. Als Arzt erklärte ich, sein Gesundheitszustand sei kritisch. Daraufhin kam alles ins Rollen, und wir beschlossen, eine Gewerkschaft zu gründen.

EZA: Warum ausgerechnet eine Gewerkschaft?

Trenchev: Die Gewerkschaft war die einzige Oppositionsform, die damals einigermaßen „ging“. Sich offen als Politiker zu bezeichnen, war viel zu gefährlich. Gewerkschafter zu sein, war ein Zwischending. Deshalb traten später so viele Menschen bei, die sonst zu stark unterdrückt worden wären. Ich wurde gewissermaßen Geisel meiner eigenen Taten – und musste weitermachen.

EZA: Stimmt die Anekdote, dass PODKREPA an Ihrem Geburtstag gegründet wurde?

Trenchev: Ja. Am 8. Februar 1989 – meinem Geburtstag – nutzten wir den Vorwand einer Familienfeier, um Dissidenten und Aktivisten zu versammeln, ohne dass der Geheimdienst

Alarm schlug. Noch am selben Tag, nach Unterzeichnung des Gründungsprotokolls, entstand die Gewerkschaft PODKREPA – die zweite unabhängige Gewerkschaft Osteuropas nach Solidarność in Polen. Alle Mitglieder waren Aktivisten und Intellektuelle ohne Vorstrafen oder ähnliches.

EZA: Was geschah nach der Gründung? Haben Sie sie öffentlich gemacht?

Trenchev: Das bulgarische Arbeitsgesetzbuch regelte damals nicht, wie man eine Gewerkschaft gründet. Die Kommunisten waren sich ihrer totalen Kontrolle sicher und glaubten, die Arbeiter seien ohnehin auf ihrer Seite. Es gab also kein ausdrückliches Verbot. Als wir das Gründungsprotokoll jedoch beim Gericht einreichten, verweigerte man die Eintragung. Trotzdem erklärten wir PODKREPA zur unabhängigen Gewerkschaft – und erst dann begann die eigentliche Repression.

EZA: Was passierte konkret?

Trenchev: Meine Wohnung wurde durchsucht, und dann kam es zu einem entscheidenden Vorfall. Damals entzog das Regime der türkischen Minderheit in Bulgarien sämtliche Rechte: Sie mussten ihre türkischen Namen gegen bulgarische austauschen, durften nicht in die Moschee und nicht mehr Türkisch sprechen. Wir prangerten diese Ungerechtigkeit an. Im Mai 1989 organisierten wir mit Bulgaren und Türken einen Hungerstreik – unsere einzige Waffe.

EZA: Wie reagierte das Regime?

Trenchev: Die Kommunisten organisierten eine Gegenkundgebung mit Transparenten mit der Aufschrift „Tod dem Verräter“ und „Tod Trenchev“. Amerikanische Fotografen hielten das fest. Bis zum Sturz des Regimes war ich damit eine der bekanntesten, aber auch meistbedrohten Personen Bulgariens – und landete im Gefängnis.

„WIR WAREN BEGEISTERT, TEIL DER EUROPÄISCHEN FAMILIE WERDEN ZU DÜRFEN. HEUTE IST DAS ANDERS: WIR SIND DESILLUSIONIERT. ERSTES PROBLEM WAR DIE KOMMUNIKATION. VIELE GLAUBTEN, MIT DEM EU-BEITRITT WERDE SICH ÜBER NACHT ALLES VERBESSERN, WIR WÜRDEN SOFORT WESTLICHEN LEBENSSTANDARD ERREICHEN.“

EZA: Wie lief die Haft ab und wie lange waren Sie inhaftiert?

Trenchev: Am 21. Mai brachten sie uns auf Anordnung der Ermittlungsbehörde ins Gefängnis, Einzelhaft für politische Aktivisten. Wir blieben den ganzen Sommer über dort. Die Internationale Arbeitsorganisation fragte die Regierung, warum sie Leute wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit inhaftiere. Im September warf man uns buchstäblich ohne Begründung aus dem Gefängnis. Drei Länder boten meiner Frau und mir Exil an: USA, Frankreich, Deutschland. Meine Frau ging, ich blieb, um die Entwicklung abzuwarten. Im November stürzte dann durch einen innerparteilichen Putsch das Regime.

EZA: Wie entwickelte sich PODKREPA nach dem Ende des Eisernen Vorhangs?

Trenchev: Die ersten Jahre waren äußerst dynamisch. Es gab mehrere Streiks. Viele Gewerkschafter aus dem Westen kamen, um uns zu zeigen, wie man eine echte Gewerkschaft aufbaut. Wir kannten nur die kommunistischen „Gewerkschaften“, eigentlich bloße Transmissionsriemen der Partei. Wir strukturierten PODKREPA territorial und später nach Branchen – so entstand ein stabiles, funktionierendes Netz. Bis zum Sturz der letzten sozialistischen Regierung 1997 organisierten wir mehrere landesweite Streiks.

EZA: Wie war damals die politische Situation?

Trenchev: Politik war – und ist bis heute – von Korruption und Oligarchie geprägt. Nach dem Kommunismus teilten die alten Kader ihre Netzwerke und das Geld untereinander auf. Westliche Großinvestitionen wurden blockiert. In der Folge verließen drei Millionen Bulgaren das Land. Paradoxerweise hatten wir daher keine gravierende Arbeitslosigkeit – die Menschen gingen einfach ins Ausland.

EZA: Am 15. Februar 2000 begannen die offiziellen EU-Beitrittsverhandlungen, die 2007 zur Mitgliedschaft führten. Was bedeutete das für Sie?

Trenchev: Wir waren begeistert, Teil der europäischen Familie werden zu dürfen. Heute ist das anders: Wir sind desillusioniert. Erstes Problem war die Kommunikation. Viele glaubten,

mit dem EU-Beitritt werde sich über Nacht alles verbessern, wir würden sofort westlichen Lebensstandard erreichen. Das geschah natürlich nicht. Heute stört mich am meisten, dass Brüssel alles diktiert, es fehlt an nationaler Souveränität. Wir haben spezifisch bulgarische Probleme, die Brüssel nicht lösen kann.

EZA: Welche Rolle spielte PODKREPA dabei?

Trenchev: Man fragte uns nur, ob wir zustimmten. In die bulgarische Verhandlungsdelegation wurden wir trotz Drängens nicht aufgenommen. Wir gründeten eine nationale Gewerkschaftskommission für die EU-Integration und vermittelten unseren Strukturen v. a. Wissen über das europäische Sozialmodell. Wir unterstützten den Prozess durch Kampagnen, Schulungen usw. zum sozialen Acquis und zu den europäischen Arbeitsbeziehungen.

EZA: War der Beitritt also ein Fehler?

Trenchev: Nein, sicher nicht. Er brachte enorme Vorteile: Wir konnten arbeiten und reisen, wohin wir wollten, Dinge kaufen, die es früher nicht gab. Heute kehren junge Auswanderer aus Frankreich oder Deutschland nach Bulgarien zurück. Deutschland ist nicht mehr das Deutschland von 2005; die wirtschaftliche Krise anderswo führt sie (die Bulgar:innen – Anm. d. Red.) zurück.

EZA: Das bulgarische BIP hat sich seit 2007 mehr als verdoppelt. Wirtschaftlich profitiert das Land also stark von der EU?

Trenchev: Nicht unbedingt, denn Zahlen können relativ sein. Zu sozialistischen Zeiten kostete eine 130-Quadratmeter-Wohnung 7.000 Lewa (3.500 Euro). Heute liegt der Preis bei 200.000 bis 300.000 Euro – ein Missverhältnis.

EZA: Wie sehen Sie die Zukunft Europas?

Trenchev: Ich fürchte, uns droht eine mögliche Katastrophe. Wir sind nun einmal unterschiedlich – Deutsche, Franzosen, Bulgaren, Skandinavier. In Brüssel denkt man jedoch uniform. Die Vereinigten Staaten von Europa werden wir nie werden. Das Modell muss korrigiert werden, um die zentrifugalen Kräfte, die die Union gerade zerreißen, zu mindern. Man muss trotzdem moderater Optimist bleiben!



DIE EU IST KEINE ZAUBER-FORMEL – ABER SIE BIETET EINE ZUVERLÄSSIGE PERSPEKTIVE

Ein Kommentar von Ljuban Bulić, Bildungsreferent bei EZA

In einigen der neueren EU-Mitgliedstaaten kann man bisweilen Enttäuschung über die Zugehörigkeit zur EU verspüren. Ist diese berechtigt? Nur zum Teil: Die Erwartungen waren unrealistisch hoch und vielerorts wurden die „Hausaufgaben“ im Land selbst nur schleppend gemacht. Es war niemals Ziel der EU, ein Land über Nacht zum Schlaraffenland zu machen. Sie ist vielmehr ein Rahmen – ein großer Markt mit einem klaren Regelwerk, Finanzierungen und einer rechtsstaatlichen Verankerung. Was die Bürger:innen von der EU bekommen, hängt von unserer Eigenleistung ab. Dennoch ist die Unterstützung für den EU-Beitritt in Bosnien und Herzegowina mit rund 70% der Bevölkerung weiterhin hoch. Dieser Optimismus ist nicht unbegründet.

Anfang der 2000er Jahre war das Einkommensniveau fast so hoch wie in einigen der Länder, die bald der EU beitreten sollten. Zwei Jahrzehnte später haben sich diese Länder deutlich weiterentwickelt. Sie sind nicht deshalb schneller vorangekommen, weil Brüssel Wunder bewirkt hätte, sondern weil der EU-Beitritt Reformen gefestigt, den Binnenmarkt geöffnet und Investitionen in produktivere Arbeitsplätze mobilisiert hat. Das führt langfristig zur Anhebung des Lebensstandards.

So betrachtet, hegt Bosnien und Herzegowina eine einfache Hoffnung: Eine Zukunft, auf die die Menschen bauen dürfen – planbar, gerecht und im Alltag spürbar. Diese Hoffnung spiegelt sich in klaren und gerecht angewendeten Regeln, stärkeren Institutionen und weniger Raum für Korruption wider. Es bedeutet auch Zugang zu einem größeren Markt, der für Investoren interessant ist und im Inland bessere Arbeitsplätze schafft. Menschen wünschen sich sichere Grenzen, größeres Vertrauen in die öffentlichen Dienste und eine Justiz, bei der alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Für die Bürger:innen bringt der EU-Beitritt die Freiheit, im Ausland zu studieren, zu

arbeiten und zu reisen – und die Zuversicht, dass Rechte geschützt werden. Kurz gesagt, bietet die EU ihnen Stabilität, Chancen und eine reale Aussicht, den Kreislauf zu durchbrechen, in dem Hochqualifizierte meinen, den beruflichen Erfolg im Ausland suchen zu müssen.

Gerade für die jungen Menschen hat diese Hoffnung eine sehr konkrete Bedeutung: Sie möchten einen fairen Start ins Leben, echte Mitsprache und einen Grund zu bleiben. Ein fairer Start bedeutet eine schulische und berufliche Ausbildung, die den Anforderungen des Arbeitsmarkts entspricht, sowie bezahlte Praktika anstelle einer unbezahlten „Berufserfahrung“ und beruflichen Einstieg mit Arbeitsvertrag und sozialem Schutz. Echte Mitsprache erfordert die Teilhabe an politischer Gestaltung. Ein Bleibegrund ist, dass sich die Entgelthöhe dem EU-Niveau annähert und erschwinglicher Wohnraum und moderne öffentliche Dienste verfügbar sind. Auch Werte spielen eine Rolle: sauberere Luft, Gleichbehandlung, ein transparenter Staat und Rechtsstaatlichkeit. Sie möchten ein Land, in dem die eigene Leistung mehr zählt als Vitamin B, es nicht Monate dauert, eine Firma zu gründen und Gewerkschaften und Arbeitgeber mit der Regierung zusammenarbeiten, um die Arbeitswelt zu verbessern, anstatt aneinander vorbei zu reden. Wenn der EU-Weg dies leisten kann, fühlt sich die Einigung wie eine Zukunft an – nicht nur wie ein Slogan.

Einige argumentieren, dass es Alternativen zum EU-Beitritt gebe. Jedoch bietet keine dieser Alternativen dieselbe Kombination aus Marktgröße, verlässlichem Regelwerk, Finanzierung, Freiheiten, Arbeitsstandards und Schutz für die Bürger:innen. Das Fazit liegt auf der Hand: Die EU wird unsere Probleme nicht für uns lösen, aber sie bleibt für die Menschen in Bosnien und Herzegowina die sicherste Bank – vor allem die Jungen – um im eigenen Land eine würdige Zukunft zu gestalten.

EZA-NEWS

EZA tritt der Global Coalition for Social Justice bei

EZA ist der vom ILO-Generaldirektor initiierten Globalen Koalition für soziale Gerechtigkeit beigetreten – einer Initiative der ILO (Internationale Arbeitsorganisation), die sich für sozial gerechte Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Arbeit einsetzt. Dieser Beitritt unterstreicht die zentrale Rolle von Arbeitnehmerorganisationen bei der weltweiten Verankerung fairer Arbeitsstandards und des Rechts auf Schutz und Respekt in der Arbeitswelt. Die Koalition legt großen Wert darauf, dass Arbeitsrechte als integraler Bestandteil der Menschenrechte anerkannt und weltweit geschützt werden. Gemeinsam können wir die Arbeitswelt gerechter gestalten – und damit einen nachhaltigen Beitrag zu den Zielen der Vereinten Nationen für menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit leisten.



Neues Mitglied bei EZA

Herzlich willkommen: Katholischer Verband der Werktätigen (KVW)!

Wir freuen uns sehr, ein neues Mitglied in unserem europäischen Netzwerk willkommen zu heißen: den Katholischen Verband der Werktätigen aus Südtirol! Der KVW ist eine traditionsreiche Sozialorganisation, die 1948 gegründet wurde und seitdem fest in der Region verankert ist. Er setzt sich aktiv für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, nachhaltige Entwicklung und christlich-soziale Werte ein. Mit einem klaren Leitbild, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt, engagiert sich der KVW für gerechte Lebensbedingungen, Chancengleichheit und eine gelebte Teilhabe an der Gesellschaft – unabhängig von Herkunft, Alter oder sozialem Status.

Besonders hervorzuheben ist die enge Zusammenarbeit von über 1.900 ehrenamtlich Engagierten und rund 100 hauptamtlichen Mitarbeitenden, die in ganz Südtirol durch 234 Ortsgruppen und zahlreiche Fachbereiche eine beeindruckende Bandbreite an sozialen Dienstleistungen anbieten. Als neue Stimme im EZA-Netzwerk bringt der KVW nicht nur langjährige Erfahrung, sondern auch innovative Ideen, zivilgesellschaftliches Engagement und ein starkes Fundament sozialer Verantwortung mit.





MAGAZINE



WE WORK EUROPE

Das EZA-MAGAZINE für Ihre Ohren

Ab sofort können Sie den neuen **We Work Europe-Podcast** von EZA kostenlos auf Ihrem Smartphone oder PC anhören. Bequem von zu Hause aus oder von unterwegs. Künftig werden pro EZA-MAGAZINE drei Episoden veröffentlicht, die auf allen Podcast-Plattformen erscheinen.

Für **We Work Europe** reisen wir durch ganz Europa und treffen Mitgliedszentren sowie Expert:innen im Bereich Arbeitnehmerfragen, diskutieren aktuelle Ereignisse und werfen einen Blick auf Entwicklungen im sozialen Dialog und in der europäischen Sozialpolitik.

We Work Europe ist eine Produktion von Escucha - Kultur fürs Ohr im Auftrag von EZA. Sie finden den Podcast auf allen gängigen Plattformen: Apple Podcasts, Audible, Google Podcasts, Spotify und auf vielen anderen Podcatchern. Hinterlassen Sie uns gerne eine Bewertung und empfehlen Sie den Podcast weiter! Scannen Sie den Code mit Ihrem Smartphone und gehen Sie direkt auf die Plattform Ihrer Wahl!



IMPRESSUM

Herausgeber

EZA – Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen
Johannes-Albers-Allee 2 53639 Königswinter
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0
E-Mail: eza@eza.org
www.eza.org

Redaktion

Sigrid Schraml, Lukas Fleischmann (verantwortlicher Redakteur), Katrin Brügggen, Ljuban Bulić

Editorialdesign & Grafik

Sofia Wunderling
wunderling.myportfolio.com

Fotos

Lukas Fleischmann, Europäisches Parlament, Adobe Stock

Erscheinungsweise

Jährlich 3 Ausgaben



Finanziert von der
Europäischen Union